

Zeitschrift „Deutsche Rentenversicherung“, Ausgabe 4/2013

Inhaltszusammenfassungen der Beiträge

Beitrag 1

Verminderung der (Alters-)Armut von Erwerbsminderungsrentnern durch Verlängerung der Zurechnungszeit und Günstigerprüfung?
Simulationen mit dem FDZ-Biografiedatensatz

von: Dr. Martin Gasche und Klaus Härtl

Das sogenannte Rentenpaket des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom Frühjahr 2012 enthält zwei Maßnahmen, die die Renten der besonders stark vom Altersarmutsrisiko betroffenen Erwerbsminderungsrentner aufbessern sollen. Zum einen soll die Zurechnungszeit um zwei Jahre verlängert werden. Zum anderen sollte eine Günstigerprüfung durchgeführt werden. In dieser Studie werden die Auswirkungen dieser beiden Maßnahmen auf die Rentenhöhe unter Verwendung des FDZ-Biografiedatensatzes der Deutschen Rentenversicherung simuliert. Es zeigt sich, dass durch die Erhöhung der Zurechnungszeit die Erwerbsminderungsrenten im Durchschnitt um 4,5 Prozent und durch die Günstigerprüfung um 1 Prozent steigen. Berücksichtigt man noch die Auswirkungen der seit 2011 geltenden Regelung, die Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld II als Anrechnungszeiten zu erfassen, können die Erwerbsminderungsrenten insgesamt um 8 Prozent höher liegen.

Beitrag 2

Altersübergangskulturen in Europa

von: Dr. Andreas Jansen, Professor Dr. Gerhard Bäcker und Professor Dr. Marcel Erlinghagen

Die im Jahr 2010 in Frankreich zu beobachtenden Proteste und Demonstrationen gegen eine Erhöhung des Renteneintrittsalters und der in Deutschland weiterhin anhaltende Widerstand gegen die „Rente mit 67“ zeigen, wie umstritten die Frage nach dem idealen Zeitpunkt für den permanenten Ruhestandseintritt sein kann. Während in der politischen Debatte die Verlängerung der Lebensarbeitszeit vielfach als einzige Möglichkeit zur Bewältigung der im Zuge des demografischen Wandels prognostizierten ökonomischen und sozialen Probleme angesehen wird (Bäcker et al. 2009: 46 ff.; Bosch und Schief 2007: 576), scheinen in der Bevölkerung Einstellungsmuster zu dominieren, wonach eine Erwerbstätigkeit bis weit in das siebte Lebensjahrzehnt hinein abgelehnt wird (Esser 2005: 33; Radl 2012: 762 ff.). Diese offenbar bestehende Diskrepanz zwischen der politisch oftmals als Notwendigkeit vorgegebenen ökonomischen Rationalität und den kulturell geprägten Norm- und Wertvorstellungen hinsichtlich des Altersübergangs korrespondiert mit der Beobachtung, dass europäische Länder in Hinblick auf das von der EU-Kommission vorgegebene Ziel, die Erwerbstätigenquote älterer Menschen zwischen 55 und 64 Jahren zu erhöhen, unterschiedlich erfolgreich sind (EUROSTAT 2013; Bosch und Schief 2007: 576; Hinrichs und Aleksandrowicz 2008: 585). Während im Jahr 2012 sowohl Schweden (73,0 Prozent), Norwegen (70,9 Prozent) und die Schweiz (70,5 Prozent) in dieser Altersgruppe eine Beschäftigungsquote von mehr als 70 Prozent erreichten, lag der entsprechende Vergleichswert in Belgien bei 39,5 Prozent, in Polen bei 38,7 Prozent und in Slowenien gar bei 32,9 Prozent (EUROSTAT 2013).

Beitrag 3

Sozialstaat zwischen Individualisierung und Pauschalierung

Tagungsbericht über die 45. Richterwoche des Bundessozialgerichts vom 5. bis 7. November 2013 in Kassel

von: Dr. Benjamin Schmidt, Kassel